

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

Der Krieg in der Ukraine als Katalysator für Konflikte auf kommunaler Ebene in Deutschland?

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine hat viele Menschen in Europa und der ganzen Welt erschüttert. Die europäische Sicherheitsordnung verschiebt sich und wird neu ausgehandelt. Politische Entscheidungen werden im Eilverfahren getroffen. In den Medien sind Meldungen mit Bildern der Zerstörung, des Widerstands, von Solidarität und Geflüchteten omnipräsent.

*Der Krieg in der Ukraine stellt uns in Europa und in Deutschland vor Veränderungen und neue Herausforderungen. Das betrifft in besonderer Weise auch Entscheidungsträger*innen in Kommunen. In dieser Ausgabe von Streit und Struntz möchten wir Sie deshalb einladen gemeinsam den Blick dahin zu richten, wie sich der Krieg in der Ukraine und das Ankommen von ukrainischen Geflüchteten in deutschen Städten und Gemeinden auswirkt. Welche Konfliktdynamiken werden verstärkt oder könnten neu entstehen? Sind Kommunen und Zivilgesellschaft vorbereitet, um mit diesen Konflikten umzugehen? Wo wird es Unterstützung brauchen? Auf welche Erfahrungen und bewährte Praktiken können wir heute aufbauen? **Kathrin Buddendieck, freiberufliche Konfliktberaterin** hat im folgenden Impulstext erste Thesen zu Konfliktfeldern zusammengetragen, die wir mit Ihnen am Montag, den 4. April diskutieren möchten:*

1. Konflikte rund um die Organisation und Koordination der Aufnahme von Geflüchteten

Um den Geflüchteten schnellstmöglich die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, braucht es Absprachen und Koordination unter den Helfenden auf allen Ebenen, sowie zwischen Strukturen der kommunalen Verwaltung. Viele Menschen

haben den ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine spontan Unterstützung und Hilfe angeboten. Die Zivilgesellschaft hat sich schnell organisiert und an einigen Orten wie z.B. dem Berliner Hauptbahnhof

Ankunftszentren eingerichtet, private Unterbringung organisiert und Infostände aufgebaut. Dabei wird auch auf Strukturen und Erfahrungen aus den Jahren 2015/2016 zurückgegriffen. Bei dieser ad hoc Organisation von Hilfe kommt es an vielen Stellen zu Herausforderungen und Konflikten. Helfende werfen hier der Regierung vor, ihrer Verantwortung nicht nachzukommen und nicht schnell genug die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sodass Freiwillige schnell an ihre Grenzen geraten. [1] Sie wünschen sich mitunter andere Kommunikation und Einbezogen werden in Entscheidungsprozesse zum Umgang mit Geflüchteten. Zudem ist die Koordination von gutgemeinten Sachspenden und Hilfsangeboten oft herausfordernd. [2]

Bis heute bestehen viele offene Fragen, wie die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland koordiniert und finanziert werden soll und welche Verantwortungen auf Bund, Länder oder kommunaler Ebene liegen werden. Die Zivilgesellschaft vor Ort, sowie die kommunalen politischen Gremien und Verwaltungen stehen nun vor der herausfordernden Aufgabe, die Aufnahme einer ungewissen Zahl von Neuangekommenen, bei denen die Dauer der Aufnahme ebenfalls nicht bekannt ist, zu begleiten. Klar ist, bei allem guten Willen, werden sich Reibungen hier nicht vermeiden lassen.

Was können die Kommunen und die Zivilgesellschaft vor Ort tun, um Konflikten vorzubeugen? Gibt es hier bereits Erfahrungen und gute Praktiken, aus denen wir schöpfen können? Wie kann Kommunale Konfliktberatung hier unterstützen?

2. Konkurrenz zwischen Geflüchteten und anderen (benachteiligten) Gruppen

Konflikte um (scheinbar) knappe Ressourcen zwischen Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft können beobachtet werden. Geflüchtete sind bei ihrer Ankunft oft auf Hilfen angewiesen und treten dadurch scheinbar mit anderen benachteiligten Gruppen in Konkurrenz, z.B. wenn Hilfen exklusiv für eine Gruppe von Geflüchteten angeboten werden, und andere benachteiligte Gruppen davon ausgeschlossen werden. [3] So führt

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: An jedem ersten Freitag im Monat mit einem schriftlichen Impuls und an einem der folgenden Montage (16-17 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

beispielsweise die Unterbringung der Geflüchteten in einem überhitzten Wohnungsmarkt sowie die Integration der Kinder an zum Teil überfüllten Schulen und Kitas zu Konkurrenz um begrenzte Ressourcen zwischen den Neuangekommenen und der Aufnahmegesellschaft. Verschärfend kommt nun noch hinzu, dass die Wirtschaftssanktionen sowie die

unterbrochenen Produktionsketten und Handelswege für Knappheiten in der Energieversorgung und anderen Produkten des täglichen Bedarfs sorgen. Steigende Preise in Deutschland treffen die wirtschaftlich schwachen Menschen in Deutschland besonders hart.

Wie kann verhindert werden, dass aus der (vermeintlichen) Knappheit Konkurrenz und aus der Konkurrenz Ablehnung, Anfeindung und Gewalt resultieren?

3. Ungleichbehandlung von Geflüchteten

Die große Offenheit und Solidarität mit der Ukrainer*innen in Deutschland und Europa aufgenommen werden, werfen Fragen nach Gleichbehandlung von Geflüchteten aus anderen Regionen der Welt auf. Die EU hat in einer beispiellosen Schnelligkeit und Einigkeit die Grenzen für ukrainische Geflüchtete geöffnet. Durch die erstmalige Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie können sich die Geflüchteten mit ukrainischem Pass frei in Europa bewegen und erhalten einen sicheren Aufenthaltsstatus sowie Arbeitserlaubnis ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen.[4]

Gleichzeitig beobachten wir, wie nicht weiße Menschen, die keinen ukrainischen Pass besitzen, u.a. an der polnischen Grenze abgewiesen werden[5] und nur wenige Wochen zuvor an der polnisch-belarussischen Grenze Geflüchtete gewaltsam zurückgedrängt wurden. Hunderttausende Geflüchtete, die 2015 und 2016 nach Europa kamen, mussten oft jahrelang auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten oder vor Gericht um einen sicheren Aufenthalt

kämpfen, während ihnen Sprachkurs und Arbeitserlaubnis vorenthalten wurden. Ihre wahrgenommene Benachteiligung und Marginalisierung scheint sich zu bestätigen. Nun wird aus verschiedenen Kommunen berichtet, dass nicht-ukrainische Geflüchtete aus Geflüchtetenunterkünften verlegt werden, um Platz zu schaffen für Geflüchtete aus der Ukraine. Diese erneute plötzliche Umsiedlung kann für die Betroffenen erhebliche Folgen mit sich bringen. Diese Ungleichbehandlung birgt Konfliktpotential auf kommunaler Ebene, z.B. zwischen Helfenden, Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen, sowie zwischen den Geflüchteten-Gruppen selbst. *Wie kann verhindert werden, dass schutzbedürftige Menschen gegeneinander ausgespielt werden?*

4. Polarisierungen: Pro-Ukraine - Pro-Russisch?

Die Konfliktlinien und unterschiedlichen Interpretationen der Geschehnisse in der (Ost-)Ukraine spiegeln sich auch in der Bevölkerung in Deutschland wider. So gibt es unter den Geflüchteten sowie auch in der deutschen Gesellschaft viele Personen und Gruppen, die sich als pro-ukrainisch verstehen oder andere, die Verständnis für Putin und Russland zeigen bzw. den Krieg befürworten. Selbst die rechtsradikale Szene teilt sich in pro-russische und pro-ukrainische Lager mit Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen in den jeweiligen Ländern.[6] Als Folge dieser Polarisierung sind bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn Anfeindungen und Angriffe auf mit Russland

assoziierte Personen und Geschäfte in Deutschland zu beobachten.[7]

Auf welche Art und Weise äußert sich diese Polarisierung auf kommunaler Ebene? Wie kann verhindert werden, dass der Konflikt auch in Deutschland gewaltsam ausgetragen wird? Wie kann eine ausdifferenzierte und konstruktive Auseinandersetzung mit den Geschehnissen gefördert werden?

Die Auswirkungen des Kriegs zwischen Russland und Ukraine sind ein weiteres

Beispiel dafür, wie und auf vielfältige Weise die Interessen von Menschen in Kommunen von Ereignissen direkt betroffen sind und vor Ort Herausforderungen mit sich bringen und Konfliktpotenzial bergen. Auch jenseits der aktuellen Situation stellt sich langfristig die Frage: Wie können Kommunen in Deutschland nachhaltig einen konstruktiven Umgang mit entstehenden Konflikten finden, und die Teilhabe aller in einer vielfältigen, dynamisch sich verändernden Gesellschaft gewährleistet werden?

*In der Online-Diskussion am **Montag, den 04. April 2022, von 16-17 Uhr** möchten wir mit Ihnen und euch ins Gespräch kommen und diskutieren, ob der Krieg in der Ukraine als ein Katalysator für Konflikte auf kommunaler Ebene in Deutschland wirkt und wie ggf. frühzeitig Spannungen entgegengewirkt werden kann.*

*Dafür freuen wir uns über einen kurzen ersten Input von **Kathrin Buddendieck (freiberufliche Konfliktberaterin, u.a. für das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung tätig)**. Im Anschluss wird **Veronika Lechner (Multiplikatorin für Gewaltschutz für Sachsen – Sachsen-Anhalt – Thüringen der Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften DeBUG)** das Gesagte vor dem Hintergrund ihrer eigenen Tätigkeit kommentieren und ihre Gedanken zur Thematik teilen.*

Wir laden Sie ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail zum Online-Gespräch an: streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung...

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.vfb-saw.de/kommunale_konfliktberatung_im_vfb_salzwedel/

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europäische Union



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM
FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Quellen:

[1] <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/03/berlin-ukraine-bahnhof-ankunft-fluechtlinge-hilfe-freiwillige.html>

[2] <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/berlin-hauptbahnhof-unterstuetzung-gefluechtete-spenden.html>

[3] Das "Do No Harm"-Prinzip hilft dabei zu verstehen, wie Hilfeleistungen gestaltet werden können, ohne bestehende Konflikte anzuhetzen: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54757/nothilfe-und-konfliktbearbeitung/>

[4] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ukraine-fluechtlinge-aufnahme-deutschland-101.html>

[5] <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ukraine-rassismusvorwurf-101.html>

[6] Siehe auch: <https://taz.de/Rechte-Szene-streitet-ueber-Russlandkrieg/!5837676/> oder <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asow-regiment-101.html>

[7] <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/seit-ukraine-krieg-russisches-restaurant-in-giessen-bekommt-reihenweise-negativ-bewertungen-,russen-hessen-ukraine-krieg-100.html>